

Dokumentation

Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?

Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR

Hans-Hermann Hertle, Potsdam

I.

Im Laufe des Jahres 1982 griff unter den führenden SED-Wirtschaftsfunktionären die Furcht vor dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR um sich. Zentrale Arbeitsgruppen des Politbüros und des Ministerrates unter dem Vorsitz von ZK-Wirtschaftssekretär Günter Mittag und Planungs-Chef Gerhard Schürer standen im »täglichen Kampf um die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit« (Schürer).

Ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit der Geschäfte und überwiegend zu Lasten der inländischen Versorgung wurden zusätzlich Rohstoffe und Konsumgüter wie Erdölprodukte und chemische Erzeugnisse, Stickstoff und Kali, Eier und Zement, Möbel, Haushalts- und Industrienähmaschinen, Mährescher, Gasherde und Fahrräder, Fleisch und Düngemittel, Butter und Waffen gegen Devisen verkauft, um den Ausfall von Waren- und Finanzkrediten zu kompensieren und auf diese Weise den Schuldendienst bedienen zu können.

Der Konsumsozialismus unter SED-Generalsekretär Erich Honecker hatte die DDR an den Rand des Bankrotts geführt. Die Erhöhung des Lebensstandards und die Verbesserung der Sozialleistungen in den 1970er-Jahren hatten nicht auf eigener Wirtschaftskraft beruht, sondern auf einem Rückgang der Investitionsquote und zunehmender Verschuldung vor allem im Westen.¹ Gleichzeitig litt die Außenwirtschaft der DDR unter steigenden Rohstoffkosten und der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte auf dem Weltmarkt, die Ausdruck unzureichender Innovations-

fähigkeit und einer im Vergleich zum Westen erheblich niedrigeren Arbeitsproduktivität war.² Seit 1978 steckte die DDR in der Schuldenfalle: Fällige Kredite und Zinsen mussten durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert werden. Die Zahlungsfähigkeit der DDR hing von der Bereitschaft westlicher Banken ab, der SED neue Kredite zu gewähren. Aus Furcht vor Protesten und inneren Unruhen lehnte das Politbüro 1979 zunächst durchgreifende Preiserhöhungen, dann auch eine Umschichtung von Investitionen zugunsten des produktiven Bereiches ab. Rückläufige Investitionsquoten, unterlassene wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen, steigende Zinsen für die Westschulden, ein Kreditstopp des Westens, der auf die Zahlungsschwierigkeiten Rumäniens und Polens und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 folgte, und die Kürzung sowjetischer Rohöllieferungen seit Anfang 1982 stürzten die DDR in die bis dahin tiefste ökonomische Krise.

Anfang Juni 1983 begab sich Alexander Schalck-Golodkowski – als Leiter des Günter Mittag unterstellten Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo), persönlicher Beauftragter von Erich Honecker für die deutsch-deutschen Verhandlungen und zugleich

1 Vgl. detailliert: Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle, *Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*, München 2004, S. 155–226; André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, insb. S. 165–196.

2 Siehe Ralf Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die DDR im RGW*, Köln 2000, insb. S. 262–268.

Oberst in Erich Mielkes Stasi-Ministerium Diener dreier Herren – auf seine bis dahin vielleicht schwierigste Mission: Er übermittelte dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die massive Warnung Honeckers, dass die »Schotten dichtgemacht« würden, wenn der Handel der Bundesrepublik mit der DDR »eingeschränkt oder nicht durchgeführt« werde. Die DDR werde in diesem Fall ihre »Aufgaben mit Hilfe des RGW lösen«. ³ Wenn er der DDR jedoch helfen könne, die Zahlungsbilanzkrise zu überwinden, erinnerte sich Strauß später an die Botschaft Honeckers, wäre diesem »der Weg nach Westen« lieber. ⁴

Bekanntermaßen übernahm die konservativ-liberale Bundesregierung in den Jahren 1983 und 1984 die Garantie für zwei ungebundene Finanzkredite von westdeutschen Landes- und Privatbanken über eine Milliarde bzw. 950 Millionen DM an die DDR, wobei sie ihr Risiko durch die Verpfändung der Transitspauschale absicherte. ⁵ Weitgehend geheim dagegen blieben weitere Unterstützungsleistungen in Höhe von einer Milliarde D-Mark: Im Zuge der Neufestsetzung der Postpauschale ließ die Bundesregierung der DDR am 15. November 1983 300 Millionen DM zukommen. ⁶ Und weitere 700 Mio. DM flossen der SED-Führung in den Jahren 1984 und 1985 für den Verkauf von 4905 politischen Häftlingen zum Kopf-Preis von rund 95 000 DM und die Übersiedlung von mehr als 45 000 Ausreisewilligen in den Westen zu je 5 000 DM zu. Die DDR verbrauchte den überwiegenden Teil dieser drei Milliarden DM nicht, sondern legte sie als Guthaben bei westlichen Banken an und erlangte dadurch ihre Bonität auf den internationalen Finanzmärkten zurück. Der von den Wirtschaftsverantwortlichen in der SED-Spitze befürchtete ökonomische Zusammenbruch der DDR – mit unabsehbaren sozialen und politischen Folgen – wurde maßgeblich durch die Hilfe der Bundesregierung hinausgeschoben.

Ein förmliches Junktim zwischen der Kreditvergabe und der Gewährung »menschlicher Erleichterungen« seitens der DDR gab es nicht, doch gestand die DDR neben der Ausweitung des Verkaufs von Häftlingen und der weitreichenden Genehmigung von Ausreiseanträgen in der Folgezeit erhebliche Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr zu. Auch der Abbau der Selbstschussanlagen und Splitterminen an der Grenze zur Bundesrepublik bis En-

de 1985 wird als Gegenleistung für die Vergabe der Milliardenkredite gesehen; allerdings war die DDR dazu ohnehin durch eine UN-Konvention verpflichtet. Mit den Milliardenkrediten hatte sich ein Konkurrenzprojekt erledigt, das unter der Bezeichnung »Zürcher Modell« der DDR für die Bereitstellung eines milliarden schweren Finanzkredits als Gegenleistung eine schriftliche Verpflichtung zur Herabsetzung des Reisealters in die Bundesrepublik abverlangte – was zum völligen Gesichtsverlust der SED-Führung gegenüber der sowjetischen Vormacht geführt hätte und auch deshalb scheitern musste. ⁷

Zusammenarbeit mit dem Westen oder totale Abschottung? Fielen Franz Josef Strauß und Bundeskanzler Helmut Kohl damals auf einen Trick der SED-Führung herein? Blufften Honecker und Schalck-Golodkowski nur, als sie Strauß vor diese Alternative stellten, oder gab es in der SED-Spitze tatsächlich ernstzunehmende Bestrebungen, die »Schotten zum Westen dichtzumachen«? Wie wurde die ökonomische Lage der DDR zu dieser Zeit intern eingeschätzt?

Akten des Ministeriums für Staatssicherheit belegen, dass der bayerische Ministerpräsident und die CDU/FDP-Bundesregierung die Drohung möglicherweise zu Recht ernst nahmen. In einem Geheimpapier (im Anschluss an diesen Beitrag in Auszügen dokumentiert) kam die für die »Sicherung der Volkswirtschaft« zuständige Hauptabteilung XVIII des MfS am 25. Januar 1982 zu dem Ergebnis, dass die DDR zu einer Lösung ihrer ökonomischen Probleme aus eigener Kraft nicht mehr imstande sei. Als letzten Ausweg aus der Krise schlug sie vor, die Sowjetunion

3 So Alexander Schalck, Niederschrift über das geführte Gespräch [...] am 5.6.1983 in Spöck/Chiemsee, Berlin 6.6.1983, S. 3, in: Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses [...], BT-Drs. 12/7600, Bonn 1994, Anlagenbd. 3, Bl. 3395. – RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

4 Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 473.

5 Vgl. Manfred Kittel, Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit für die DDR 1983, in: DA 40 (2007) 4, S. 647–656.

6 Vgl. die Aufstellung in HWWA, Gutachten »Die Bedeutung [...]«, in: BT-Drs. 12/7600 (Anm. 3), Anhangbd., S. 124f.

7 Vgl. Reinhard Buthmann, Megakrise und Megakredit. Das Zürcher Modell im Spiegel der Stasi-Akten, in: DA 38 (2005) 6, S. 991–1000.

um die Übernahme des Großteils der DDR-Schulden im Westen zu bitten und im Gegenzug die Handelsbeziehungen zum Westen weitgehend abzubrechen.

II.

Die »Sicherung der Volkswirtschaft« gehörte vom Beginn bis zum Ende der DDR zu den wichtigsten Aufgaben der Staatssicherheit. »Die Wirtschaft«, so Stasi-Minister Erich Mielke 1982, sei »das entscheidende Kampffeld für das revolutionäre Handeln der Partei.«⁸ Die Partei- und Staatsführung über tatsächliche und drohende, aus der Sicht des MfS sicherheits- und planerfüllungsrelevante Gefährdungspotentiale umfassend zu informieren, genoss deshalb hohen Stellenwert.⁹ Die Voraussetzungen dafür waren ausgezeichnet: Schon die Informations- und Entscheidungskanäle, an die das Ministerium für Staatssicherheit offiziell angeschlossen war, gewährten ihm uneingeschränkte Einsicht in die krisenhafte ökonomische Entwicklung der DDR und ihre in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre einsetzenden Zahlungsbilanzprobleme. Einen noch tieferen Eindruck gewann das MfS darüber hinaus durch seine vielfältigen Wege der konspirativen Informationsbeschaffung auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Zuständig für die »Sicherung der Volkswirtschaft« war im MfS die Hauptabteilung XVIII, die von 1974 bis 1989 von Alfred Kleine geleitet wurde.¹⁰ Die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Vorlagen des Politbüros und Ministerrates, die makroökonomische Fragen betrafen, oblag in der HA XVIII federführend der für die Sicherung der zentralen wirtschaftsleitenden Staatsorgane auf den Gebieten Planung, Finanzen und Statistik sowie RGW verantwortlichen Abteilung 4, geleitet von Horst Roigk.

Die sich auf wirtschaftlichem Gebiet anbahnende Katastrophe der DDR wurde im MfS exakt und frühzeitig registriert. Informationen der HA XVIII aus der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre disqualifizierten Honeckers Grundauffassung, dass »auch heute noch nicht die Arbeiterklasse den Anteil aus dem produzierten Nationaleinkommen erhält, der ihr als Produzent aller Werte zustehe«, als »nicht den Tatsachen« entsprechend. Verantwortliche Funktionäre der Staat-

lichen Plankommission und der Fachabteilungen des ZK verträten »einheitlich die Auffassung, dass sich Genosse E. Honecker in einem für die Volkswirtschaft der DDR schwerwiegenden Irrtum« befände.¹¹ Und unter Berufung auf leitende Wirtschaftsfunktionäre warnte die Stasi 1979 eindringlich vor Preiserhöhungen, »die politisch nicht zu vertreten sind und konterrevolutionäre Ausschreitungen herbeiführen können.«¹² Damit trug sie maßgeblich dazu bei, dass entsprechende Pläne im Politbüro fallen gelassen wurden.

Immer häufiger beschäftigten sich Informationen der HA XVIII aus den Jahren 1978 und 1979 mit der zunehmend prekärer werdenden Zahlungsbilanz – und deren Verschleierung durch die Parteiführung. Sie gipfelten Anfang 1979 in der Wiedergabe einer Äußerung von Staatsbank-Präsident Horst Kaminsky gegenüber der ZK-Abteilung Planung und Finanzen: »Wenn nichts geschieht, werden wir im Laufe des II. Quartals zahlungsunfähig.«¹³

Zwar erfüllte sich diese Prognose nicht, doch kamen zu den bereits vorhandenen Probleme neue hinzu – beispielsweise, als die DDR in Verbindung mit dem NATO-Doppelbeschluss von der Sowjetunion auf eine Ausweitung der Rüstungsproduktion und eine schärfere Abgrenzung zum Westen verpflichtet wurde.

III.

Die ökonomische Krise spitzte sich schon im Laufe des Jahres 1980 weiter zu. Honeckers Balanceact,

8 Erich Mielke, Referat [...], Potsdam-Eiche 11.10.1982, BStU, MfS, ZAIG Nr. 4810, Bl. 31.

9 Vgl. Dienstanweisung Nr. 1/82, Berlin 30.3.1982, BStU, MfS, DS Nr. 102836.

10 Vgl. Maria Haendke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft. Anatomie der Staatssicherheit III/10, Berlin 1997.

11 HA XVIII, Kleine, Berlin, 18.11.1977, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 12478, Bl. 2 f.

12 HA XVIII, Information über die Ausarbeitung von Vorschlägen [...], Berlin 7.8.1979, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 12480, Bl. 1–6, hier 6.

13 HA XVIII, Information Nr. 28/79 zum Stand und zur Problematik der Zahlungsbilanz der DDR [...], 5.2.1979, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 12478, Bl. 15.

einerseits den sowjetischen Abgrenzungsforderungen zum Westen zu entsprechen, andererseits insbesondere die Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik auszuweiten, rief im SED-Politbüro mächtige Gegner auf den Plan. Eine Gruppe moskau-orientierter Politbüro-Mitglieder befürchtete einen »Vertrat der DDR gegenüber der Sowjetunion«. Zu dieser »Moskau-Gruppe« wurden Ministerrats-Vorsitzender Willi Stoph, die Politbüro-Mitglieder Werner Krolkowski, Alfred Neumann, Kurt Hager und Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, vor allem aber auch Stasi-Chef Erich Mielke gezählt.¹⁴ Dessen berufsbedingtes Misstrauen war im März 1980 durch einen Hinweis des Bruderorgans KGB geweckt worden, dass es »in der DDR Vertreter gäbe, die durch verstärkte Kreditnahme und Kooperationsgeschäfte mit westlichen Konzernen bewusst oder unbewusst starke Abhängigkeiten von den imperialistischen Staaten« schüfen.¹⁵

Schon im April 1980 begann die Moskau-Gruppe in der SED-Spitze, Honecker und Mittag bei der Kreml-Führung anzuschwärzen. Im Anschluss an eine Sitzung des SED-Politbüros vom 22. April 1980, in der Günter Mittag über einen Besuch bei Bundeskanzler Helmut Schmidt informierte, verfassten Stoph und Krolkowski ein Dossier, in dem sie den ZK-Wirtschaftssekretär eines konspirativen »Kontaktes mit dem Feind« bezichtigten, »woraus Schlussfolgerungen für die Gewährleistung der Sicherheit in der DDR-Führung gezogen werden« müssten. In den Beziehungen zur Bundesrepublik verträten Honecker und Mittag nur »Teil- und Sonderinteressen entsprechend ihrer falschen politischen Konzeption«; sie führten die DDR in neue politische und ökonomische Abhängigkeiten von der Bundesrepublik.¹⁶

»EH [Erich Honecker] verschaukelt uns und die sowjetischen Freunde«, leitete Werner Krolkowski Mitte November 1980 die Einschätzung Erich Mielkes über eine Begegnung von Erich Honecker und Günter Gaus, dem Leiter der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin, nach Moskau weiter. Nach Mielkes Meinung spiele Honecker »nach beiden Seiten, einmal so, einmal so.« Man müsse damit rechnen, »dass EH weitere politische Geschäfte mit der BRD macht.«¹⁷ Offenbar um dies zu verhindern und um Material gegen Honecker und Mittag in der Hand zu haben, ließ

der Stasi-Chef in seinem Ministerium zwischen 1980 und 1982 mehrere Geheimstudien zur ökonomischen Lage der DDR anfertigen.

IV.

Am 14. Oktober 1980, sechs Monate vor dem X. Parteitag der SED, erteilte Mielke dem Leiter der HA XVIII den Auftrag, Vorschläge für die »Lösung volkswirtschaftlicher Schlüsselprobleme 1981 und im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Direktive des X. Parteitages« zu unterbreiten.¹⁸ Der dafür gebildeten und zu besonderem Stillschweigen verpflichteten Arbeitsgruppe gehörte auch Horst Roigk an, der Leiter der Abteilung XVIII/4. Roigk zufolge konnte sich die Ausarbeitung auf alle verfügbaren Dokumente stützen¹⁹; daneben wurden schriftlich ausgearbeitete Problemstellungen mit Experten aus der Staatlichen Plankommission, den Finanzorganen, dem Außenhandel und aus ausgewählten Kombinat in individuellen Aussprachen beraten.

Die Brisanz der Studie, die das Datum des 24. November 1980 trägt²⁰, lag nicht darin, dass sie die Grundprobleme der DDR-Ökonomie offen benann-

14 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes, in: Klaus-Dietmar Henke u. a. (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u. a. 1999, S. 327–346.

15 [Operativgruppe Moskau.] Information, Moskau, 18.4.1980, BStU, MfS, Sekr. Mittag Nr. 141, Bl. 511.

16 Aufzeichnungen über einen Bericht von Günter Mittag [...], dok.: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Von Hubertusstock nach Bonn, Berlin 1995, S. 49.

17 Notiz von Werner Krolkowski [...], 13.11.1980, in: Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 345–348.

18 Vgl. HA XVIII/Leiter, Persönlich: Genossen Minister, Berlin, 18.10.1980, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 4692, Bl. 9; u. d. ers., Konzeption und inhaltliche Orientierung für die Lösung volkswirtschaftlicher Schlüsselprobleme 1981 [...], Berlin, 18.10.1980, ebd., Bl. 10–12.

19 Dr. Horst R[oigk], ehem. Oberst des MfS, Hauptabteilung XVIII, in: Gisela Karau, Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Frankfurt a. M. 1992, S. 27.

20 HA XVIII, [o. T.] Berlin 24.11.1980, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 4692, Bl. 13–41. – Bei dieser Stasi-Studie handelt es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um die Analyse, über die Roigk berichtet.

te. Brisant waren vielmehr die strukturellen Kritikpunkte am Leitungssystem der Wirtschaft:

- Mit der ZK-Wirtschaftskommission und der ZK-Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz sei neben dem Ministerrat ein »zweites Leitungssystem« in der Volkswirtschaft etabliert worden. Auch durch Fachabteilungen des Zentralkomitees würden Aufgaben entschieden, wodurch »die verantwortlichen Funktionäre der Staats- und Wirtschaftsführung aus ihrer Verantwortung entlassen« würden.
- Die Orientierung auf eine wertmäßige Erhöhung der Leistungen schaffe systematisch und gewollt Möglichkeiten der Planmanipulation mit der Folge, dass der Plan scheinbar bilanziere, »aber die konkreten Erzeugnisse und Leistungen für die materiell-technische Sicherung der Produktion und der Investitionen, für den Export und für die Versorgung der Bevölkerung nicht zur Verfügung« stünden.
- Zur Erlangung westlicher Waren habe sich eine »sogenannte 2. Währung« herausgebildet, die nicht nur zu Spekulationen führe, sondern auch negative Auswirkungen wie »sinkende Arbeitsmoral und -disziplin, mangelnde Leistungsbereitschaft und steigende Wirtschaftskriminalität« zeitige.

Weil »die Gesamtproblematik [...] von so ernsthafter Natur« sei, empfahl die Studie als generelle Lösung, »eine Bestandsaufnahme zum gegenwärtigen Zustand in der Volkswirtschaft« anzufertigen. Damit solle »eine kleine Zahl sachkundiger Genossen« beauftragt, die Ergebnisse dem Politbüro vorgelegt, die Kontinuität der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewahrt und »ein Hineintragen der Probleme in die Breite der Partei vermieden« werden. Im Ergebnis müsste der Verschuldungsprozess im Westen gestoppt und dadurch neuer Handlungsspielraum geschaffen werden.

Unter den kurzfristig empfohlenen Lösungen springen vor allem die Überprüfung sämtlicher Kompensationsvorhaben mit den westlichen Industrieländern, das Verbot von Importen aus dem »Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet« (NSW), die nicht der Aufrechterhaltung der Produktion dienen, die Abschaffung des Delikat- und Exquisit-Angebotes, die Konzentration aller Valutaeinnahmen und -ausgaben in einer Hand und die Einstellung der Sondergeschäfte im Bereich des Außenhandels ins Auge.

Zu den langfristigen Maßnahmen gehört neben Vorschlägen zur Reform des Planungssystems und zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern an vorderster Stelle die Stärkung der wirtschaftsleitenden Instanzen des Staatsapparates gegenüber der Partei: »Die Praktiken, die der vollen Durchsetzung der Verantwortlichkeit des Ministerrates und seiner Organe bei der einheitlichen Leitung der Volkswirtschaft entgegenstehen, sind zu beseitigen.«

Die Studie lässt somit keinen Zweifel offen, wen sie als Hauptschuldige für die entstandenen ökonomischen Schwierigkeiten betrachtete, ohne sie namentlich zu benennen: Günter Mittag und Alexander Schalck-Golodkowski. Da beide Erich Honecker persönlich unterstanden, stand auch der Generalsekretär zumindest indirekt in der Schusslinie der Kritik des MfS.

Welchen Weg die Studie schließlich nahm, ist unbekannt. Wenn Kleine später meinte, dass sie »nach unserer Kenntnis der Partei- und Staatsführung vermittelt«²¹ worden sei, bedeutet das nicht, dass das Dokument verteilt worden wäre – schon gar nicht an Gremien wie Politbüro oder Ministerrat. Unter einer solchen »Vermittlung« wäre noch am ehesten eine mündliche Information Mielkes an Honecker, Stoph oder einen Vertrauten unter vier Augen zu verstehen.

Den Inhalt der Studie jedoch, wenn nicht das ganze Papier, leitete Politbüro-Mitglied Krolkowski noch im Dezember 1980 nach Moskau weiter. Der Planansatz für 1981 – 1985, so meldete er, sei »offen [...] wie eine Feldscheune« und die »schlimmste Ungereimtheit [...], die bisher im Politbüro bestätigt wurde«.²² Doch die sowjetische Führung war Ende 1980 wohl mehr mit anderen Problemen befasst. In Polen stand nicht nur die Wirtschaft, sondern nach der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* das kommunistische Regime selbst vor dem Zusammenbruch.

21 HA XVIII/GO XVIII, Schreiben an Wolfgang Herger, Berlin, 14.11.1989, BSTU, MfS, HA XVIII Nr. 6556, Bl. 2.

22 Notiz von Werner Krolkowski v. 16.12.1980, in: Przybylski (Anm. 18), S. 341.

Aus der vorgeschlagenen Bestandsaufnahme durch eine »kleine Zahl sachkundiger Genossen« wurde nichts. Unwiderrspochen konnte Erich Honecker im April 1981 auf dem X. SED-Parteitag verkünden, dass der Wirtschaftspolitik »ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung und Verbrauch, von Akkumulation und Konsumtion« zugrunde liege – und deshalb wurde ihre Fortsetzung einstimmig beschlossen.²³

Die dunklen Wolken, die sich im weiteren Verlauf des Jahres über der DDR zusammenziehen sollten, konnte zumindest Honecker während seines Gespräches mit Leonid Breshnew auf der Krim am 3. August 1981 erahnen. Nach mehreren Missernten in Folge und der daraus resultierenden Notwendigkeit, große Mengen an Getreide und Fleisch aus dem Westen importieren zu müssen, stand der Sowjetunion in wirtschaftlicher Hinsicht das Wasser bis zum Hals. Der KPdSU-Chef teilte Honecker lapidar mit, dass die DDR erstens in den kommenden vier Jahren mit keinerlei sowjetischen Krediten zur Bilanzierung des bilateralen Handels rechnen könne, dass zweitens der vereinbarte Lieferumfang an Erdöl – des wichtigsten Rohstoffes der DDR für ihre Westexporte – in Zweifel stehe und dass drittens die Zunahme der Westverschuldung der DDR in Moskau anhaltendes Unbehagen auslöse, weil dies ein »Hebel verschiedenartigster Druckausübung« des Westens sei und zu den »schwersten Folgen« führen könne, wie das polnische Beispiel »in dramatischer Weise« zeige. Abgrenzung insbesondere zur Bundesrepublik sei für die DDR weiterhin ein Gebot.²⁴

Als Breshnew kurz nach dem Krim-Treffen ankündigte, die sowjetischen Plan-Rohöllieferungen an die DDR ab 1982 zu verringern, glich dies einem Anschlag auf die DDR-Devisenbilanz. In seinem Antwortschreiben bezichtigte Honecker den KPdSU-Generalsekretär, die »Grundpfeiler der Existenz der DDR« zu untergraben.²⁵ Die Sowjetunion benötige wegen der Missernten Devisen, erklärte Moskaus Gesandter Konstantin V. Russakow gegenüber Honecker, weil sie sonst »ihre gegenwärtige Stellung in der Welt nicht halten« könne, und das habe »dann Folgen für die ganze sozialistische Gemeinschaft«. Russakow bezeichnete die Serie der Missernten als »ein Unglück von einem Ausmaß«, das »es seit der Existenz der Sowjetunion noch nicht gegeben hat«. ²⁶ »Ganz

bestimmte Reserven«, so Russakow geheimnisvoll, »sind schon angegriffen.« Die Sowjetunion stehe praktisch wieder vor »Brest-Litowsk« – mithin vor der Entscheidung, auf einen Teil des äußeren Einflussgebietes zu verzichten, um das Kernland zu retten.

V.

Im Hinblick auf »die zunehmend wachsende Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit der DDR im Jahr 1982« und in weiterer Durchführung des Auftrages vom Oktober 1980 übersandte der Leiter der Stasi-HA XVIII dem Minister Erich Mielke und dessen Stellvertreter Rudi Mittig am 2. Januar 1982 eine aktualisierte ökonomische Gesamtschätzung. Die Ausarbeitung konzentrierte sich auf den Nachweis, dass die bereits 1980 herausgearbeiteten Grundfragen, »die die weitere planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR entscheidend beeinflussen, sich unter den gegenwärtigen Bedingungen im Hinblick auf die entscheidende Frage, die Zahlungsfähigkeit der DDR zu garantieren, weiter verschärft« hätten.²⁷ Ihre Hauptaussage bestand darin, dass der Stand der Westverschuldung zum 1. Januar 1982 auf ca. 30,5 Milliarden Valutamark (VM) angestiegen und die Beschaffung der erforderlichen Bargeld- und Warenkredite für 1982 nicht gesichert war.²⁸ Ausführlich wurden die Folgen der Verringerung von Transportleistungen geschildert, die sich durch die Einsparungen von Heizöl, Diesel- und Vergaserkraft-

23 Protokoll des X. Parteitages der SED, 11.–16. April 1981, Berlin 1981, S. 62.

24 Niederschrift über das Treffen [...] am 3. August 1981 auf der Krim, dok.: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hg.), Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Breshnew 1974 bis 1982, Berlin 2006, S. 198–231, hier S. 203, 206.

25 Vgl. dazu den Briefwechsel: BArch, DY 30/JIV 2/202/524.

26 Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs [...] mit] Russakow, [...] Berlin, 21.10.1981, BArch, DY 30/JIV 2/2A/2431. Vgl. auch: Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 46–48.

27 HA XVIII, [o. T.,] Berlin 2.1.1980, ebd., Bl. 6f.

28 Der sprunghafte Anstieg auf 30,5 Mrd. VM gegenüber dem Vorjahr (1980: 24,5 Mrd. VM) ergab sich aus der Erhöhung des Dollarkurses von 1,80 auf 2,40 VM, die zum 1.2.1982 wirksam wurde. Nach dem alten Kurs entsprach der Negativsaldo 25,6 Mrd. VM.

stoff im Inland ergeben hatten; Planmanipulationen im Wohnungsbauprogramm und Untererfüllungen des Volkswirtschaftsplanes 1981 wurden aufgedeckt, die durch »Planpräzisierung« sogar noch als Übererfüllungen abgerechnet werden konnten, und nicht zuletzt wurde auf die ungenügende Erfüllung des NSW-Exportplanes und die unzureichende Devisenrentabilität der Exportgüter hingewiesen – eine unmittelbare Folge der im Vergleich zum Westen weit zurückgebliebenen Arbeitsproduktivität. Doch beschränkte sich das Papier ausschließlich auf eine Analyse; Lösungsvorschläge enthielt es nicht.

Vielleicht gerade deshalb alarmierte es Mielke. Im Zuge einer Besprechung zwischen Mielke, Mittig und Kleine am 11. Januar 1982 wurde der HA XVIII die Aufgabe gestellt, dem Auftrag vom 18. Oktober 1980 entsprechend eine neuerliche Analyse auszuarbeiten; die damaligen kurz- und langfristigen Lösungsvorschläge sollten geprüft und aktualisiert und das Papier am 25. Januar dem Minister vorgelegt werden.²⁹

Auftragsgemäß ließ Kleine die Ausarbeitung am 25. Januar Mielke und Mittig zustellen. Die Liste der hinzugezogenen 23 Experten liest sich wie ein »Who is Who« der DDR-Wirtschaftspolitik: Alexander Schalck-Golodkowski und Außenhandelsminister Gerhard Beil befinden sich ebenso darauf wie Harry Möbis, Staatssekretär für Organisation und Inspektion beim Ministerrat, Heinz Klopfer und Wolfgang Greß, beide Staatssekretäre in der Staatlichen Plankommission, Arno Donda, Chef der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, und Werner Polze, Präsident der Deutschen Außenhandelsbank, dazu weitere Minister und stellvertretende Minister sowie Generaldirektoren.³⁰

Als zentrale Aussage des Papiers, die somit nicht der Meinung einzelner »Experten« entsprechen musste, hob Kleine in seinem Anschreiben hervor: »Allein die konsequente Hinwendung zur gemeinsamen Lösung mit der UdSSR schafft für die DDR Voraussetzungen für eine weitere stabile innere Entwicklung und die notwendige Handlungsfähigkeit gegenüber dem NSW.«³¹

Ausgangspunkt der Analyse selbst ist die Feststellung, dass die Beschlüsse der Partei auf ökonomischem Gebiet »zu einer Gefährdung der inneren Stabilität der

DDR« geführt hätten. Der »Ernst der gegenwärtig eingetretenen Lage« gebiete es, »eine wissenschaftlich begründete, strategische, taktische und organisatorische Konzeption zu erarbeiten, die [...] den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen« entspreche. Entsprechend besteht die Studie aus zwei Teilen: der erste bietet eine Bestandsaufnahme der ökonomischen Lage und der sie bewirkenden inneren und äußeren Faktoren, der zweite Teil enthält Vorschläge für kurzfristige und längerfristige Lösungen.

Die Ausgangslage, heißt es, werde dadurch charakterisiert, dass »die reale Gefahr des kurzfristigen Eintritts der Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem NSW gegeben sei« und dadurch »eine Gefährdung der inneren Stabilität der DDR [...] sowie eine Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung eintreten« könne. Zugleich sei dann »die Bewältigung möglicher Gefahrensituationen und Gefahrenzustände nicht mehr [zu] gewährleisten«. Der Volkswirtschaftsplan 1982 könne »materiell und finanziell nicht bilanziert« werden; entsprechend erfülle »der Fünfjahrplan 1981 – 1985 in seiner Gesamtheit seine bilanzierende und steuernde Funktion für den Fünfjahrplanzeitraum nicht mehr«.

Diese Lage sei durch »innere, objektive und subjektive Faktoren und äußere Einflüsse auf die Volkswirtschaft« entstanden, wobei die internen Faktoren als die entscheidenden Ursachen betrachtet werden. Unter diesen sticht vor allem der Vorwurf der Desinformation der leitenden Parteiorgane über die reale ökonomische Lage hervor – ein Vorwurf, der nicht nur gegenüber Günter Mittag als ZK-Wirtschaftssekretär, sondern auch gegen Gerhard Schürer als Vorsitzendem der Staatlichen Plankommission erhoben wird. Erneut wird das »zweite Leitungssystem« in der Volkswirtschaft kritisiert, das Mittag mit der ZK-Wirtschaftskommission und der AG Zahlungsbilanz errichtet habe. Und schließlich wird die Kritik an Kompensationsgeschäften mit dem Westen und dem außerplanmäßigen Handel des Bereiches KoKo

29 Vgl. handschr. Aufzeichnungen v. Alfred Kleine, Jan. 1982, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 4693, Bl. 35–53.

30 Vgl. Verzeichnis der Quellen, ebd., Bl. 33f.

31 HA XVIII/Leiter, Persönlich Genossen Minister, Berlin Jan. 1982, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 4693, Bl. 32.

wiederholt; beides habe dazu beigetragen, »daß die Wirkungsmechanismen des kapitalistischen Marktes Einfluss auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess gewannen, sich Abhängigkeiten herausbildeten, die zu ökonomischen Verlusten für die DDR« geführt hätten. Die sich verschlechternde moralische Verfassung der Wirtschaftskader ist der Studie eine eigene Warnung wert, müsse doch »mit einem weiteren Vertrauensabfall, Gleichgültigkeit und Resignation bei diesen Kadern gerechnet werden«. Irrigerweise, heißt es, hingen Politbüro und Ministerrat immer noch dem Glauben an die Lösung der Probleme aus eigener Kraft an; die gegenteilige Annahme sei jedoch realistisch.

Obwohl gerade noch die im Inneren wirkenden Faktoren als entscheidende Krisenursachen benannt worden waren, konnte nach dieser Feststellung die Rettung nur noch von außen kommen. Die Stasi suchte und fand sie im »Vaterland aller Werktätigen«, der Sowjetunion. Hatte aber die Sowjetunion nicht gerade untätig zugeschaut, wie die Volksrepublik Polen sich gegenüber dem Westen für zahlungsunfähig erklärte? Hatte sie nicht wenige Wochen zuvor den »Bruderländern« Rohöllieferungen gekürzt, um aus dem Erlös im Westen Getreide kaufen und so den Hunger vom eigenen Volk abwenden zu können, wie es in den Verhandlungen mit der DDR hieß?

Ausgerechnet diese Sowjetunion hatten sich die deutschen Tschekisten auserkoren, die Hauptschuldnerschaft für die DDR zu übernehmen. »Der Partei- und Staatsführung der UdSSR«, so ihr Kerngedanke, »sollte im Interesse kurzfristiger Lösungen folgender Vorschlag unterbreitet werden: Die Partei- und Staatsführung der DDR bekräftigt ihre Entschlossenheit, ihre Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW auf maximal 12 Mrd. VM saldierte Verbindlichkeiten zu reduzieren. Der zur Lösung dieser Aufgabe erforderliche Exportüberschuss im NSW wird für Warenlieferungen in die UdSSR eingesetzt. Dafür übernimmt die UdSSR sofort Verbindlichkeiten der DDR bei kapitalistischen Banken in Höhe von ca. 20 Mrd. VM [...]. Auf der Grundlage real bilanzierter Pläne könnten die dafür erforderlichen Waren aus dem geplanten Exportüberschuss der DDR bis Ende 1987 geliefert werden und hätten einschließlich Zinsen einen Wertumfang von ca. 30 Mrd. VM. Struktur und Umfang der zu lie-

fernden Waren sollten es der UdSSR ermöglichen, in einem hohen Maße selbst NSW-Importe abzulösen.« Die aus der ökonomischen Abschottung der DDR gegenüber dem Westen resultierenden Nachteile – wie etwa den Verlust von Marktpositionen im Westen bzw. die Verärgerung westlicher Industrieländer über die Reduzierung der DDR-Importe – müssten vorübergehend in Kauf genommen werden, heißt es lapidar.

Als Alternativen zu der vorgeschlagenen Übernahme der Hauptschuldnerschaft durch die Sowjetunion und dem damit zwangsläufig verbundenen weitgehenden Abbruch der Handelsbeziehungen der DDR zum Westen zählte Kleine in seinem Begleitschreiben an Mielke drei Varianten auf – und verwarf sie sofort wieder, weil sie weder kurzfristige noch dauerhafte Problemlösungen darstellten, sondern allesamt die Ungleichgewichte vertieften und die »materiell-technische Basis des Sozialismus« weiter schwächten:

»- Es gelingt der DDR durch außergewöhnliche Anstrengungen, die hohen NSW-Exportziele und die Aufgaben zur NSW-Importablösung zu lösen und dabei das Risiko einer Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung sowie der materiellen Sicherstellung der Produktion in Kauf zu nehmen.

- Es wird von der Hoffnung ausgegangen, die in den Volkswirtschaftsplänen vorgesehenen weiteren Kreditaufnahmen [...] bei kapitalistischen Banken zu erhalten, um damit der drohenden Zahlungsunfähigkeit auszuweichen.

- Die Zahlungsunfähigkeit der DDR in Kauf zu nehmen und die negativen Wirkungen einer solchen Situation zu minimieren.«³²

Ob Mielke oder Mittag die ihnen von der HA XVIII angesonnene kurzfristige Lösung, die Sowjetunion um die Übernahme der Schulden der DDR zu bitten, tatsächlich Honecker oder Stoph in irgendeiner Form nahezubringen versuchten, wie Kleine später meinte, ist bisher nicht belegt. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission (SPK), Gerhard Schürer, erfuhr damals davon nichts; mehr als 20 Jahre später mit der Studie vertraut gemacht, bezeichnete er ihren Vorschlag als »irrsinnig« und »absolute Idiotie«.³³ Einer

32 Vgl. ebd.

33 Gespräch d. Vf. m. Gerhard Schürer, 31.3.2004.

großen Phantasie bedarf es nicht, um die Reaktion der sowjetischen Führung zu erraten, falls ihr diese Idee unterbreitet worden wäre. Nach ihrem militärischen Einmarsch in Afghanistan, der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, dem verschärften Rüstungswettlauf mit den USA, den anhaltenden Spannungen mit China sowie der Versorgungskrise im Inland war die Sowjetunion an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geraten, ihr äußeres Imperium zu erhalten.

Sollte sich Mielke hinsichtlich der Frage, wer wessen Unterstützung bedurfte, dennoch irgendwelchen Illusionen hingegeben haben, was wenig wahrscheinlich ist, so wären sie spätestens nach dem Krim-Treffen Breshnews und Honeckers im August 1982 zerstorben. Schon zu Beginn des Gesprächs tat Breshnew dem SED-Generalsekretär kund, »daß wir einen Beitrag Eurer Republik zur Verwirklichung des Lebensmittelprogramms der UdSSR begrüßen würden«. Wie auch in den vorherigen Gesprächen betonte er die Gefahr einer finanziellen Abhängigkeit vom Westen, die in der DDR nunmehr »besorgniserregenden Charakter« anzunehmen scheine. Als ob dem Apparat der KPdSU die Stasi-Studie nicht gänzlich unbekannt wäre, bezog Breshnew in der Frage der Handelsbeziehungen mit dem Westen jedoch eine eindeutige Position: »Selbstverständlich denkt niemand daran, die ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern überhaupt einzustellen. Das wäre eine absurde Schlussfolgerung.«³⁴

Durch die Erhöhung der Exporte in die kapitalistischen Länder in den Jahren 1982 – 1985 sowie die Reduzierung westlicher Importe und dank der Vergabe der Milliardenkredite seitens der Bundesregierung sowie mit Hilfe ihrer zusätzlichen Transferleistungen – also einer Kombination von Kleines Variante 1 und 2 –, gelang es der Führung unter Honecker und Mittag noch einmal, den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit – mithin Variante 3 – zu vertagen. Für eine kurze Zeit konnte man mit dieser Politik das Überleben sichern – auf mittlere Sicht jedoch musste sie in den Ruin führen.

Nach ihrer Analyse vom 25. Januar 1982 hielt sich die HA XVIII mit weiteren strategischen Vorstößen dieser Art auffällig zurück. Alternativen oder Lösungsvorschläge wurden nicht mehr präsentiert;

die HA XVIII schien zu beherzigen, dass weder sie noch das MfS als Ganzes »Plattform« für eine andere Wirtschaftspolitik sein konnten. Aus dem Kampf gegen Honecker und das »zweite Leitungssystem« in der Wirtschaft, das Mittag und Schalck repräsentierten, gingen Mielke und die HA XVIII als klare Verlierer hervor. Mittag blieb als ZK-Sekretär für die Wirtschaft verantwortlich, der außerplanmäßige Handel über den Bereich Kommerzielle Koordinierung expandierte. Schalck, dem die Konspiration Kleines gegen seinen Bereich nicht verborgen geblieben war, erreichte zudem, dass die Sicherung von KoKo im MfS 1983 aus dem Verantwortungsbereich der HA XVIII/7 ausgegliedert und einer neu geschaffenen »Arbeitsgruppe BKK« übertragen wurde.³⁵

Die moskau-orientierte Politbüro-Gruppe hatte der Sowjetunion bei ihren Vorstößen weder 1982/83 noch in den Folgejahren akzeptable konzeptionelle und personelle Alternativen anzubieten.

VI.

Im Herbst 1989 hatte offensichtlich auch die Stasi den Glauben an eine Rettung der DDR durch die sowjetische Vormacht verloren. Im Oktober 1989 warfen Alexander Schalck-Golodkowski und Planungs-Chef Gerhard Schürer den Notanker in Richtung Bundesrepublik aus.³⁶ Unter der Überschrift »Plan und Ablauf« entwarf der SPK-Vorsitzende im Vorfeld der Politbürositzung vom 17. Oktober nicht nur ein Szenario für die Ablösung Erich Honeckers, sondern auch für die unmittelbare Zeit danach: »Schürer/Schalck legen PB [Politbüro] ein Geheimkonzept für BRD vor«, notierte Schürer. Für ein ökonomisches Entgegenkommen sollte Bonn als politisches Zugeständnis nunmehr in Aussicht gestellt werden, »daß die Mauer noch vor Beginn des Jahres 2000 überflüssig geworden ist.«

34 Niederschrift über das Treffen [...] auf der Krim am 11. August 1982, dok.: Hertle/Jaraus (Anm. 24), S. 232–259, hier S. 235.

35 Vgl. BT-Drs. 12/7600 (Anm. 3), S. 115f. – Zur AG BKK vgl. Reinhard Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung. Anatomie der Staatssicherheit III/11, Berlin 2003.

36 Vgl. Schreiben von Alexander Schalck an Egon Krenz, Berlin 13.10.1989, dok.: Hertle, Fall (Anm. 26), S. 427f.

Freilich vergaß Schürer nicht hinzuzufügen, dass dieser Geheimplan nach der Behandlung im SED-Politbüro mit Michail Gorbatschow abzustimmen sei. Die neuen Perspektiven sollten auf drei Pfeilern beruhen: 1. einer neuen Stufe der Kooperation mit Moskau, 2. einer neuen Politik und Wirtschaftspolitik in der DDR und 3. einer neuen Form der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.³⁷

Als Egon Krenz nach dem Sturz von Honecker und Mittag am 18. Oktober 1989 in seiner Antrittsrede als Generalsekretär vorsichtig die Bereitschaft zu einer erweiterten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik signalisiert hatte³⁸, arbeitete Schürer seine Vorstellungen weiter aus. Die Umrisse seines »Geheimkonzepts«, das nun die Überschrift »Vorschläge zur Ausarbeitung eines Programms der ökonomischen Zusammenarbeit mit der BRD« trug, verbunden mit einer Reihe von Fragen, die nochmals mit den übrigen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beraten werden müssten, landeten auf dem Tisch des Leiters der Stasi-HA XVIII, der sie am 22. Oktober an Mielkes Stellvertreter Mittag weiterreichte. »Die DDR ist daran interessiert, der BRD ein umfassendes Programm der ökonomischen Zusammenarbeit vorzuschlagen«, konnten die Generäle der Staatssicherheit darin lesen. »Dabei wird davon ausgegangen, daß neue Bedingungen und neue Formen zur Stärkung der Leistungskraft und der Exportfähigkeit der DDR ausgenutzt werden können. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft der BRD zum Einsatz eines Finanzierungsvolumens von mindestens 8–10 Mrd. VM zu Vorzugsbedingungen im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen. Dieses Finanzierungsvolumen muß der DDR für einen langfristigen Zeitraum von mindestens 7–8 Jahren zur Verfügung stehen.«³⁹ Das Geld solle ausschließlich für die Errichtung bzw. Erweiterung konkreter Objekte, also für die produktive Akkumulation, eingesetzt werden.

Am 31. Oktober legte Gerhard Schürer dem SED-Politbüro zusammen mit Alexander Schalck, Außenhandelsminister Gerhard Beil, Arno Donda, dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, sowie Finanzminister Ernst Höfner eine »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen« vor.⁴⁰ Die wirtschaftliche Lage der DDR hatte sich so zugespitzt, dass sie nach Ansicht der führenden Öko-

nomen nunmehr eine einschneidende Korrektur der Wirtschafts- und Sozialpolitik, verbunden mit einer Senkung des Lebensstandards um 25–30 Prozent, erforderlich machte, die jedoch aus Gründen des Machterhalts für undurchführbar gehalten wurde. Der letzte Ausweg, den die Ökonomen am 31. Oktober 1989 im Politbüro vorschlugen, lief entsprechend den ersten Überlegungen zum Geheimkonzept darauf hinaus, der Bundesregierung für neue Kredite und eine erweiterte wirtschaftliche Kooperation die Durchlässigkeit der Mauer als letztes Tauschmittel anzubieten. In der Begründung seiner Vorlage hob Planungschef Schürer diese Tauschüberlegungen im Politbüro ausdrücklich hervor: »Auf der letzten Seite sind wir bis zur großen Politik der Form der Staatsgrenze gegangen. Wir wollen deutlich machen, wie weit Überlegungen angestellt werden sollen. Diese Gedanken sollen aufmerksam machen, daß wir jetzt vielleicht für solche Ideen noch ökonomisches Entgegenkommen der BRD erreichen können.« Und warnend fuhr er fort: »Wenn die Forderungen erst von der Straße oder gar aus Betrieben gestellt werden, wäre die Möglichkeit einer Initiative von uns wieder aus der Hand genommen.«⁴¹

Das quantitative Ausmaß der als erforderlich betrachteten Hilfe aus der Bundesrepublik war in der Politbüro-Vorlage so weit verschleiert, dass deren Tragweite sich nichteingeweihten Politbüro-Mitgliedern nicht unbedingt erschloss. Hinter allgemeinen Formulierungen zum Ausbau der ökonomischen Ko-

37 Gerhard Schürer, Plan und Ablauf [handschr. Notizen, o. D.], BArch, DE-1/56321.

38 Vgl. Egon Krenz, Rede auf der 9. Tagung des ZK der SED, 18.10.1989, in: *Beginn der Wende und Erneuerung* [Hg. ZK der SED], Berlin 1989, S. 22.

39 [Gerhard Schürer,] Vorschläge zur Ausarbeitung eines Programms der ökonomischen Zusammenarbeit mit der BRD (1), BStU, MfS, HA XVIII Nr. 7880, Bl. 5–10. Dass Schürer Autor dieses Papiers ist, ergibt sich aus der Auflistung von Fragen, die noch mit den übrigen, namentlich erwähnten Mitgliedern der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz zu beraten seien. Außerdem weist die Type eindeutig auf die Schreibmaschine seines Sekretariats hin.

40 Erstmals dok.: DA 25 (1992) 10, S. 1112–1120. Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, *Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR*, in: DA 28 (1995) 6, S. 594 f.

41 Gerhard Schürer, Begründung zur Vorlage »Analyse der Lage [...]«, Rede-Ms., Berlin 31.10.1989, S. 9, Privatarchiv d. Vf.

operation auf verschiedenen Ebenen tauchte die avisierte Höhe der zu vereinbarenden Investitionskredite (8–10 Milliarden VM) als Zahl nicht auf; zusätzlich dagegen waren nun auch noch Verhandlungen über Finanzkredite in Höhe von 2–3 Milliarden VM vorgesehen.

In ihrer Stellungnahme zu dieser Vorlage für den Stasi-Minister berief sich die HA XVIII auf die Ansicht von Experten: Derzufolge seien die Schlussfolgerungen der Analyse »der einzig gangbare Weg, um die vorhandene äußerst komplizierte wirtschaftliche Lage positiv zu beeinflussen.« – »Richtig« sei es, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf eine neue Stufe zu heben, »problematisch« dagegen, von der Bundesrepublik einen neuen Finanzkredit in Höhe von 2–3 Milliarden VM zu erhalten, der vermutlich erstens an die ökonomischen Bedingungen der Kapitalverwertung geknüpft »und sicher mit Forderungen nach weitergehenden Reformen in der DDR verbunden« sein werde.⁴² Indirekt wurde jedoch zu verstehen gegeben, dass dies der anderenfalls erforderlichen Absenkung des Lebensstandards um 25–30 Prozent vorzuziehen sei. Die gleiche HA XVIII, die gut sieben Jahre zuvor die DDR ökonomisch an die Sowjetunion angliedern und die Handelsbeziehungen zum Westen einfrieren wollte, wusste keinen anderen Rat mehr, als zu empfehlen, der Vorlage zuzustimmen – und die DDR, im Falle erfolgreicher Verhandlungen, in der letzten Konsequenz in einem bis dahin nicht vorstellbaren Ausmaß in ökonomische und politische Abhängigkeit zur Bundesrepublik zu bringen.

VII.

Als in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Mauer fiel, sah sich Hans Modrow als frischgewählter Vorsitzender des Ministerrates der wichtigsten Verhandlungsmasse für Milliardenbeträge zur ökonomischen Stabilisierung der DDR beraubt; mit dem Mauerdurchbruch hatte das Volk der Partei- und Staatsführung das letzte Faustpfand für gleichberechtigte Verhandlungen aus der Hand geschlagen.

Mit ihrer geheimen Orientierung auf die Bundesrepublik waren SED-Spitze und Staatssicherheit ihrem Volk voraus; der Ruf »Deutschland einig Vaterland« sollte erst ab der zweiten Novemberhälfte das Bild

der Demonstrationen bestimmen. Die Zielrichtung freilich war entgegengesetzt: Ging es den Demonstranten um die Beseitigung des SED-Staates und die Herstellung der deutschen Einheit unter demokratischen Vorzeichen, so beabsichtigten die SED-Führung und die Staatssicherheit, ihre Herrschaft mit Bonner Hilfe für einen absehbaren Zeitraum zu stabilisieren. Der Fall der Mauer machte diese Absichten zunichte. »Das Volk«, so der nüchterne Kommentar Schalcks zehn Jahre später, »ist praktisch der Führung zuvorgekommen.«⁴³

Charakteristisch für die Ära Honecker insgesamt war, dass mehr verbraucht als produziert wurde. In den 1970er-Jahren wurde diese Überkonsumtion vornehmlich mit Hilfe von Krediten finanziert; eine steigende Verschuldung im Westen war die Folge. In den 1980er-Jahren ging der Konsumsozialismus überwiegend zu Lasten der Investitionstätigkeit und führte zum Zerfall des Kapitalstocks.⁴⁴ Gegenüber der Verrottung ganzer Industriezweige und der Infrastruktur, dem baulichen Verfall der Städte und Dörfer und gigantischen ökologischen Schäden und Entsorgungsproblemen erwies sich nach dem Ende der DDR die für die SED-Führung schier unlösbare Frage der Westverschuldung noch als das geringste aller Probleme im vereinten Deutschland. Die Überwindung des verheerenden ökonomischen Erbes der SED-Diktatur, der Aufbau wettbewerbsfähiger industrieller Strukturen und damit auch die Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern ist dagegen auch nach 20 Jahren noch nicht abgeschlossen.

Ausgerechnet der DDR-Staatssicherheitsdienst zeigte in dieser Frage schon im Oktober 1989 Weit-sicht. Am 27. Oktober 1989, vier Tage vor der Behandlung von Schürers Krisenpapier im Politbüro, trafen sich die Bilanz- und Planexperten der Stasi zu

42 [HA XVIII.] Stellungnahme zur Vorlage für das Politbüro »Analyse der ökonomischen Lage [...]«, Berlin 30.10.1989, BStU, MfS, Sekr. Mittag Nr. 151, Bl. 72f.

43 Gespräch d. Vf. m. Alexander Schalck, 7.5.1999.

44 Vgl. Günter Kusch u. a., Schlussbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, S. 18ff.

einer Lagebesprechung.⁴⁵ Alfred Kleine, dem Schürers Papier bereits vorlag, beklagte die zu niedrige Arbeitsproduktivität, den Rückgang der produktiven Akkumulation und die hohe Verschleißquote der Ausrüstungen in Industrie und Landwirtschaft, das katastrophal hohe Kostenniveau der Mikroelektronik, die hohen Arbeitsausfallzeiten und die ungenügende Durchsetzung des Leistungsprinzips.

Um die Industrie zu modernisieren, so Kleine, bestehe ein dringender Investitionsbedarf von nicht weniger als 500 Milliarden Mark, was der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen der DDR entspräche: »Ich möchte noch einmal wiederholen, der Investitionsbedarf für die produktiven Grundfonds entspricht

der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen!! Jeder von uns hat so viel ökonomische Kenntnisse, um einschätzen zu können, daß die Überwindung dieses Zustandes nicht in einem, nicht in zwei und auch nicht in fünf Jahren erfolgen kann, sondern einen langen Zeitraum einnehmen wird. Schnelle Erfolge sind deshalb nicht zu erwarten.«⁴⁶

45 Vgl. zum Folgenden: Referat [...] Alfred Kleine auf der Linienberatung der HA XVIII am 27.10.1989, BStU, MfS, HA XVIII Nr. 563, Bl. 5, dok.: Uwe Bastian, Auf zum letzten Gefecht. Dokumentation über Vorbereitungen des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, 2. Fassung, Berlin 1994.

46 Ebd., Bl. 11.

Dokumentation

MfS-HA XVIII [Sicherung der Volkswirtschaft]

Grundfragen des Standes der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zusammenhang mit der Gewährleistung der inneren Stabilität und Sicherheit der DDR, 25. Januar 1982 [Auszüge]

[Hauptabteilung XVIII] Berlin, 25. Januar 1982

Bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei auf ökonomischem Gebiet entstanden erhebliche Disproportionen, die im Zusammenhang mit der Außerachtlassung gesamtvolkswirtschaftlich bilanzierter Führungsgrößen (Hauptkennziffern) und unter den Bedingungen einer sich zunehmend verschlechternden Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet] zu einer Gefährdung der inneren Stabilität der DDR führten.

Patrioten und Wirtschaftskader, die als zuverlässige und standhafte Genossen bekannt sind, wenden sich zunehmend mit Besorgnis über die Entwicklung und mit Hinblick auf die Realisierbarkeit gestellter zentraler volkswirtschaftlicher Aufgaben an das Ministerium für Staatssicherheit.

Dabei ist erkennbar, daß sie anderweitig keine Möglichkeit sehen, Bedenken an zentral vorgegeben Leistungszielen, die sie selbst für unreal halten, zu äu-

ßern und konstruktive Unterstützung für die Lösung der Probleme zu erhalten.

[...]

Die Grundfrage der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Praxis ist, daß im Interesse der Zahlungsbilanz immer wieder kurzzeitige Lösungen durch taktische Schritte in der Außenwirtschaft praktiziert werden, die weitere Belastungen mit sich bringen und in ihrer Langzeitwirkung schwer überschaubar sind.

Es werden Feststellungen getroffen, daß zentrale Entscheidungen unzureichend objektiven Verflechtungs- und Kooperationsbeziehungen Rechnung tragen bzw. nicht ausreichend ausgewogen, gründlich durchdacht und auf ihre Konsequenzen hin beurteilt, vorbereitet und gefaßt werden. Teilweise werden solche Entscheidungsprozesse als »Aktionen« aufgefaßt, wo einheitliche Standpunkte »herbeigeführt« und der Parteiführung »Zusicherungen« gegeben werden, hinter denen man bereits zum Zeitpunkt ihrer Abgabe nicht stehen könne.

Die Reduzierung der Erdöllieferungen aus der UdSSR von 19 Mio. t auf 17,081 Mio. t jährlich ab 1982 wurde durch Entscheidungen im Interesse der Zahlungsbilanz der DDR mit dem NSW in voller Höhe auf das Inland verlagert. Das hat entscheidende Maßnahmen, wie Kürzungen, Einsparungen und Substitutionen in der Versorgung der Volkswirtschaft, anderer gesellschaftlicher Bereiche und der Bevölkerung zur Folge [...].

Bei zentralen und wirtschaftsleitenden Organen häufen sich zunehmend Eingaben von staatlichen Leitungen der Betriebe, in denen eindringlich auf den Ernst der Situation in ihren Verantwortungsbereichen aufmerksam gemacht und auf eine zunehmende Unzufriedenheit der Werktätigen hingewiesen wird.

Ohne Kenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge über die Verteilung und den Einsatz der sowjetischen Erdöllieferungen an die DDR entwickeln sich unwidersprochen Auffassungen, daß der UdSSR die Schuld für die entstandene Lage anzulasten ist.

Die mit dem Volkswirtschaftsplan 1982 überaus stark zunehmenden Exporte von Erdölverarbeitungsprodukten in das NSW sind eine Fortsetzung der Praxis, das in den letzten Jahren steigende Bargelddefizit der DDR gegenüber dem NSW durch steigende Exporte solcher Erzeugnisse auszugleichen, die gegen Bargeld oder kurzfristige Zahlungsziele absetzbar sind.

Die bis Ende 1981 eingetretene Situation in den finanziellen Belastungen der DDR gegenüber dem NSW veranlaßte die Parteiführung dazu, am 19.1.1982 im Politbüro weitere bedeutende Maßnahmen zur Steigerung der NSW-Exporte, zur noch höheren Senkung von NSW-Importen zu Lasten der Inlandsversorgung der Volkswirtschaft, der Bevölkerungsversorgung und der Landesverteidigung (u. a. Auslagerung strategisch bedeutsamer Bestände aus der Staatsreserve) zu beschließen. Diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, die im I. Quartal 1982 mögliche Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der DDR abzuwenden.

Entsprechend dem Ernst der gegenwärtig eingetretenen Lage wird für notwendig gehalten, auf der Grundlage einer exakten Lageeinschätzung und Bestandsaufnahme, eine wissenschaftlich begründete, strategische, taktische und organisatorische Konzeption zu erarbeiten, die auf der Basis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und unter Anwendung sozialistischer Leitungsprinzipien den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen entspricht.

Auf der Grundlage der durch die Patrioten und Wirtschaftskader gegebenen Informationen, Einschätzungen und vorhandener Dokumente wird zu folgenden Problemen Stellung genommen:

1. Die gegenwärtige Lage in der Volkswirtschaft der DDR und der sie bewirkenden inneren und äußeren Faktoren
2. Vorschläge zu kurzfristigen und längerfristigen Lösungen

[1. Die gegenwärtige Lage ...]

1. Die Vielzahl der insbesondere im Dezember 1981 und Januar 1982 gefaßten Beschlüsse und getroffenen Entscheidungen hat dazu geführt, daß daraus resultierende volkswirtschaftliche Konsequenzen in ihrer gegenwärtigen Verflechtung nicht berechnet sind, unterschiedliche ökonomische und statistische Zahlenwerte Grundlage für Entscheidungsvorschläge in den zweigspezifischen staats- und wirtschaftsleitenden Organen bilden und damit kein zentraler Überblick über die reale volkswirtschaftliche Lage und über die zur Veränderung notwendigen Maßnahmen besteht.

Diese Aussage wird dadurch unterlegt, daß auch die Kombinate für das Jahr 1982 ihrer Verantwortung im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß nicht nachkommen können, da sie, ohne konkrete Fondsvorgaben (Material, Investitionen), sich ständig ändernde Leistungskennziffern erhalten, die nahezu ausschließlich von Entscheidungen zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit gegenüber dem NSW bestimmt sind.

Die gegenwärtige Lage wird dadurch charakterisiert, daß

- für die DDR die reale Gefahr des kurzfristigen Eintritts der Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem NSW gegeben ist;
- eine Gefährdung der inneren Stabilität der DDR durch Produktionseinschränkungen, Stilllegung von Anlagen, Frei- und Umsetzung von Arbeitskräften sowie eine Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung eintreten kann;
- die materiellen und finanziellen Reserven des Staates die Bewältigung möglicher Gefahrensituationen und Gefahrenzustände nicht mehr gewährleisten;
- der Volkswirtschaftsplan 1982 materiell und finanziell nicht bilanziert;

- der Fünfjahrplan 1981 – 1985 in seiner Gesamtheit seine bilanzierende und steuernde Funktion für den Fünfjahrplanzeitraum nicht mehr erfüllen kann.

1.1. Die Zahlungsbilanz der DDR weist mit Stand vom 1.1.1982 gegenüber dem NSW einen Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von minus 30,5 Mrd. VM [Valutamark] aus (Interne Berechnungen des Ministeriums der Finanzen).

Im I. Quartal 1982 resultiert daraus ein Schuldendienst (Kredittilgungen und Zinszahlungen) in Höhe von 5,3 Mrd. VM.

Der Volkswirtschaftsplan 1982 beinhaltet bei voller Erfüllung der Leistungsziele in den Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem NSW ein ungelöstes Bargelddefizit von 1,5 Mrd. VM, davon im I. Quartal 1982 250 Mio. VM.

Diese 250 Mio. VM wurden Anfang 1982 durch Sondermaßnahmen gelöst.

Aus der Nichterfüllung des NSW-Exportplanes 1981 in Höhe von 2,1 Mrd. VM und dem schlechten NSW-Exportplananlauf zu Beginn des Jahres 1982 ergibt sich ein erneutes Bargelddefizit in Höhe von 700 Mio. VM für Ende Januar 1982.

Gemäß Beschluß des Politbüros vom 19.1.1982 soll dieses Defizit durch außergewöhnliche Maßnahmen (Verkauf von strategischen Beständen der Staatsreserve, zusätzlichen Warenexporten und dem Einsatz von Depositen kapitalistischer Banken bei der Deutschen Außenhandelsbank) gelöst werden.

Am 6.1.1982 wies die Vorschau der Fachminister gegenüber der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik eine Nichterfüllung des NSW-Exportes per 28.2.1982 in Höhe von 723 Mio. VM aus. Dazu kommt, daß die Vertragsbindung für das I. Quartal 1982 im NSW-Export zu diesem Zeitpunkt 48% betrug und für 442 Mio. VM noch keine exportfähige Ware in den Plänen nachgewiesen war. Das entspricht einer fehlenden industriellen Warenproduktion von ca. 1.8 Mrd. M[ark der DDR].

Auch unter der Voraussetzung, daß diese Probleme im I. Quartal 1982 gelöst werden, wird eine weitere Verschärfung der Lage eintreten, weil außer dem im Plan enthaltenen Bargelddefizit die Erfüllung des NSW-Exportplanes 1982 materiell nicht gesichert ist.

[...]

In den zurückliegenden Jahren wurde die Nichterfüllung des NSW-Exportes und dadurch zeitweilig auftretende Zahlungsschwierigkeiten gegenüber dem NSW durch die Aufnahme von Krediten bei kapitalistischen Banken ausgeglichen.

Auf Grund der objektiv eingetretenen Zahlungsunfähigkeit der VR Polen und der SR Rumänien gegenüber dem NSW und in Kenntnis der ökonomischen und finanziellen Lage in der DDR ist seit Mitte 1981 festzustellen und seit November 1981 feststehend, daß kapitalistische Banken die Ausreichung von Krediten an die DDR boykottieren bzw. verweigern.

Im Ergebnis am 8. und 11.1.82 in der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED an die Industrieminister erteilten Auflagen zur materiellen Untersetzung des NSW-Exportplanes sowie zur Reduzierung des NSW-Importes um 1,0 Mrd. VM (Beschluß Politbüro vom 19.1.82) sind einschneidende Maßnahmen in Industrie, Bauwesen und Landwirtschaft unausbleiblich.

Diese tiefgreifenden Folgen und die Differenzstandpunkte der Minister zu den erteilten Auflagen sind in den eingereichten Beschlußvorlagen vom 19.1.82 nicht enthalten.

Damit wird der Eindruck der Lösbarkeit der Probleme aus eigener Kraft vermittelt.

1.2. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die Stabilität der Produktion, die Arbeitskräfte und die Versorgung der Bevölkerung sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht voll überschaubar [...].

- Vom Volkswirtschaftsplan 1982 ausgehend sind gegenwärtig 1,2 Mrd. M an Waren für die Bevölkerungsversorgung noch nicht gesichert.

Durch weitere Eingriffe in den Versorgungsfonds zur kurzfristigen Mobilisierung von Waren für den NSW-Export erhöhen sich die Unsicherheiten im Warenfonds für die Bevölkerungsversorgung.

Für das 1. Halbjahr 1982 betreffen diese zusätzlichen Warenbereitstellungen für NSW-Exporte: 2 kt Waschmittel, 800 000 Stück Untertrikotagen, 351 000 Stück Fahrradreifen, 68.500 Stück Kühlschränke, 60 Mio. M Möbel, nahezu die gesamte Produktion von Motorrädern, 10 000 Stück Fahrräder, 500 000 Stück Arbeitsschutz- und Hygienebekleidung, 100 t Handstrickgarn u. a.

Bei dem Eingriff in den Warenfonds für die Bevölkerungsversorgung zugunsten des NSW-Exportes handelt es sich vorrangig um solche Erzeugnisse, bei denen bereits 1981 der Bevölkerungsbedarf in voller Höhe nicht abgedeckt werden konnte.

[...]

1.3. Die Beherrschung möglicher Gefahrensituationen und Gefährdungszustände besonders durch eine zuverlässige Verfügbarkeit bedeutender Fonds der Staatsreserve ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr gewährleistet. Die Staatsreserve B (Produktionsreserve) wurde im Jahre 1981 bei folgenden ausgewählten Produkten aufgelöst: Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Antimon, Nickel, Silizium, Wofatoxkonzentrat, Zucker, Naturkautschuk.

Bei nachfolgenden Positionen war bereits zu Beginn des Planjahres 1981 kein Bestand mehr vorhanden: Baumwolle, Fleisch, Roggen, Ölfrüchte.

Der Gesamtwert der 1981 aus der Staatsreserve B abverfüigten Erzeugnisse, für die keine Wiedereinlagerung vorgesehen ist, beträgt 161,6 Mio. M.

Die Staatsreserve A (Katastrophenfälle, Spannungsperioden, Verteidigungszustand) wurde 1981 im starken Maße für den NSW-Export beansprucht. Der Gesamtwert der Auslagerungen, für den keine Wiedereinlagerung vorgesehen ist, beträgt 239 Mio. M. [...]

1.4. Aus den Erfahrungen der Plandurchführung 1981, die u. a. gekennzeichnet war durch eine Unterfüllung des NSW-Exportes um 2,1 Mrd. M und einer Reduzierung der ursprünglichen Staatlichen Planaufgabe der industriellen Warenproduktion um 4,222 Mrd. M, machen die Minister bei der Erarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1982 wiederholt auf außerordentlich große Differenzen in Bezug auf das mögliche Wirtschaftswachstum und der Konzeption der Staatlichen Plankommission aufmerksam.

[...]

Unmittelbar vor der Beschlußfassung über die Direktive zum Fünfjahrplan 1981–1985 auf dem X. Parteitag war nach Beratung mit den Industrieministern ein Arbeitsstand erreicht, der beim verteilbaren Endprodukt ein Defizit von 30 Mrd. M enthielt.

[...]

Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981 und der nicht bilanzierte Volkswirtschaftsplan 1982 ver-

tiefen diese im Fünfjahrplan 1981–1985 enthaltenen Disproportionen weiter.

Es war deshalb nicht möglich, den Kombinateneinverbindlichen Fünfjahrplan 1981–1985 zu übergeben.

Für den Fünfjahrplan 1981–1985 wurde durch das Politbüro des ZK der SED im August 1981 die Aufgabe gestellt, die Halbierung des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW zu erreichen. Das bedeutete zum Zeitpunkt der Beschlußfassung eine Reduzierung auf 12,6 Mrd. VM im Jahre 1985.

Auf persönliche Initiative des Generalsekretärs des ZK der SED wurden für den Fünfjahrplanzeitraum umfangreiche finanzielle Mittel aus Sonderdeviseneinnahmen des Staates zur Beseitigung des ausgewiesenen Bargelddefizits bereitgestellt.

Bei konsequenter Verwirklichung der Grundlinie zur Halbierung des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten bis zum Jahre 1985 ist für den Zeitraum 1983–1985 eine ausgeglichene Bargeldbilanz vorgesehen.

Die Belastungen aus dem Schuldendienst, die im Jahre 1980 120% der NSW-Exporteinnahmen betragen, sollen bis 1985 auf 90% reduziert werden.

Tatsächlich trat aber 1981 ein Schuldendienst in Höhe von 160% der Einnahmen aus dem NSW-Export ein.

Für die Beurteilung der inneren Lage ist bedeutsam, daß der politisch-moralische und administrative Druck auf wertvolle und bewährte Leitungskader der Partei, des Staates und der Wirtschaft verschärft wird, so daß mit einem weiteren Vertrauensabfall, Gleichgültigkeit und Resignation bei diesen Kadern gerechnet werden muß.

Immer mehr tritt an die Stelle konstruktiver gemeinsamer komplexer Lösungen das Ressortdenken, wodurch die ökonomische Lage weiter verschärft und noch mehr kompliziert wird.

Auf Grund der eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse der Arbeiterklasse im täglichen Produktionsprozeß wird für sie die einseitige Darstellung von Erfolgen und einer konfliktlosen Entwicklung unserer Volkswirtschaft in der Wirtschaftspropaganda zunehmend unglaubhaft und führt zum Zweifel am Wahrheitsgehalt in der Berichterstattung sowie an der realen Möglichkeit zur Lösung der Probleme.

1.5. Die derzeitig eingetretene Lage in der Volkswirtschaft der DDR wurde durch innere, objektive und subjektive Faktoren und äußere Einflüsse auf die Volkswirtschaft hervorgerufen.

Die im Inneren wirkenden Faktoren werden als die entscheidenden Ursachen eingeschätzt.

Dabei ist der gegenwärtige Zustand der Zahlungsbilanz nur eine Widerspiegelung der tatsächlichen Lage in der Sphäre der materiellen Produktion.

- Zur Umsetzung der Beschlüsse der Parteitage und des Programms der SED wurden seit 1971 Volkswirtschaftspläne ausgearbeitet, die in ihrer Gesamtheit nicht bilanzierten, und als Folge mehr Nationaleinkommen verbraucht als selbst produziert wurde. Allein aus dem NSW wurden im Zeitraum 1971 – 1980 zu effektiven Preisen Waren im Werte von 25,1 Mrd. VM mehr importiert als in das NSW exportiert wurden.

Das sind Endprodukte im Werte von über 50 Mrd. M, die für die Akkumulation und Konsumtion zusätzlich zu dem durch die materielle Produktion geschaffenen Produkt zugeführt wurden.

Aus dem SW [Sozialistisches Wirtschaftsgebiet] wurden 1971 – 1980 zu effektiven Preisen im Werte von 3,9 Mrd. M VGW [Valutagegenwert] Waren mehr importiert, als durch Exporte abgedeckt wurden.

Während 1971 – 1975 noch ein Exportüberschuß im SW im Werte von 3,3 Mrd. M VGW bestand, entwickelte sich im Zeitraum von 1976 – 1980 ein Importüberschuß von rd. 7,2 Mrd. M VGW. [...]

Diese Entwicklung konnte eintreten, weil die leitenden Parteiorgane bei der Vorlage von Beschlußentwürfen über einen langen Zeitraum hinsichtlich der realen Lage in der Volkswirtschaft und ihres tatsächlichen ökonomischen Leistungsvermögens desinformiert und die ökonomischen Auswirkungen und Konsequenzen der zu fassenden Beschlüsse einschließlich der wachsenden äußeren Verschuldung der DDR nicht oder nur unzureichend dargestellt wurden.

Die getroffenen Feststellungen sind durch eine Vielzahl von Dokumenten unterlegt.

- Unter Berücksichtigung der besonders seit August 1981 eingetretenen Situation wird für erforderlich gehalten, auf Desinformationen an die Parteiführung zu verweisen, die die reale Lage verschleiern und fiktive Lösungsvorschläge enthielten.

[...]

-- Am 20.8.1981 wurde der Generalsekretär des ZK der SED durch den Sekretär für Wirtschaft des ZK [Günter Mittag] schriftlich informiert, daß sich die Industrieminister verpflichten, den NSW-Exportplan 1981 bis auf eine Differenzsumme von 120 Mio. VM zu erfüllen.

Diese Zusicherung wurde gegeben, obwohl zum gleichen Zeitpunkt der Stand der Planerfüllung im NSW-Export noch fehlende Verträge in Höhe von 2,2 Mrd. VM auswies.

[...]

-- Mit der vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission [Gerhard Schürer] in der Politbürositzung am 3.11.1981 getroffenen Aussage: »der Ausfall von sowjetischem Erdöl entspricht 5,5 Mrd. VM ohne Zinsen und 6–7 Mrd. VM mit Zinsen. Wie bereits angesprochen, berührt das Grundpfeiler der Existenz der DDR«, wurde der Eindruck erweckt, daß die Reduzierung der Erdöllieferung der UdSSR auf 17 Mio. t jährlich die Hauptursache für die Lage in der Volkswirtschaft ist.

Tatsächlich erfordert die Eigenversorgung der Volkswirtschaft der DDR eine Erdölmenge von 15 Mio. t/a[nnum].

[...]

Aus 2,0 Mio. t sowjetischem Erdöl werden in der DDR Erdölprodukte gewonnen, mit denen im NSW-Export zu gegenwärtigen Preisen ein Valutaerlös von ca. 900 Mio. VM erzielt werden kann. Dem Politbüro hätte also als Folge der Reduzierung der Erdöllieferung ein Ausfall von maximal 3,6 Mrd. VM im Fünfjahrplanzeitraum genannt werden dürfen.

Dabei wurde weiterhin nicht gesagt, daß die Weltmarktpreise für Vergaserkraftstoff (VK), Dieselmotorkraftstoff (DK) und Heizöl derzeit eine sinkende Tendenz aufweisen, zunehmend Absatzschwierigkeiten im NSW entstehen und mit erheblich niedrigeren Valuta-Einnahmen gerechnet werden muß.

- Eine weitere Komplizierung der angespannten Lage trat ein, weil die Staatliche Plankommission ihren Berechnungen für den Fünfjahrplanzeitraum 1981–85 Kreditgewährungen seitens der UdSSR in Höhe von 1,5 Mrd. Mark VGW zugrundelegte, für die es von sowjetischer Seite keine verbindlichen Zusagen gab. [...]
- Informationen an die leitenden Parteiorgane über ökonomische Effekte auf den Gebieten der Anwen-

dung der Robotertechnik entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen. [...]

1.6. Ein Grundproblem besteht nach wie vor darin, daß zur zentralen Leitung der Volkswirtschaft neben dem Ministerrat und seinen Organen in Form der Wirtschaftskommission und der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim ZK ein zweites Leitungssystem existiert. Fragen, die der Ministerrat zu entscheiden hat, werden auf diese Art und Weise verbindlich »vorentschieden«.

Dadurch ist der Ministerrat im Hinblick auf die Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft nicht aktionsfähig.

Er vollzieht die in der Wirtschaftskommission und der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz getroffenen Festlegungen als juristischen Akt nach.

Stärker als je zuvor sind Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft von der unmittelbaren Einflußnahme des Sekretärs für Wirtschaft des ZK abhängig.

Die Planmäßigkeit der Lösung der Aufgaben in den Außenwirtschaftsbeziehungen wurde nicht zuletzt unter den Bedingungen des aus der Zahlungsbilanz heraus entstandenen Zwangs zum Handeln untergraben.

Bei nicht wenigen Wirtschaftsfunktionären verstärkt sich die Auffassung, daß nur mit Hilfe außerplanmäßiger Produktions- und Absatzkonstruktionen den gestellten Anforderungen in der Erbringung ihres Anteiles am volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß Rechnung getragen werden kann.

Diese außerplanmäßigen Konstruktionen sind sozusagen Hilfe in der letzten Not. Sie sind geradezu objektive Größen geworden.

Es muß deshalb alles getan werden, um den sozialistischen Planungsmechanismus zu erhalten.

- Ein weiteres Grundproblem der gegenwärtigen Leitung und Planung der Volkswirtschaft zeigt sich darin, daß vorwiegend beginnend mit den zentralen Planvorgaben auf die wertmäßige Erhöhung der Leistungen orientiert wird und damit von vornherein unreales, durch echten materiellen Leistungszuwachs nicht erfüllbare Planziele den Kombinat- und Betrieben gestellt werden. Damit wird gewollt die Möglichkeit geschaffen, auf zentraler und betrieblicher Ebene ein Leistungswachstum auszuweisen, welches durch verfügbares Endprodukt nicht belegt werden kann.

So wurde z. B. durch die zentral gefaßten Beschlüsse zur besseren Leistungsbewertung das vergleichbare Produktionsvolumen des Fünfjahrplanes 1976–1980 um rund 20 Mrd. M höher ausgewiesen. Damit wird in diesen fünf Jahren wertmäßig ein Produkt, das einem Jahresproduktionszuwachs der Volkswirtschaft entspricht, alleine über Preise geschaffen. Ein höheres Endprodukt stand damit zur Verteilung nicht zur Verfügung.

In der Planung und Abrechnung auf der Ebene der Kombinate und Betriebe bestehen damit umfangreiche Möglichkeiten zur Manipulation.

Die Überbetonung der wertmäßigen Planerfüllung innerhalb der Leitung und Planung der Volkswirtschaft hemmt auch den auf die Entwicklung und Überführung neuer Erzeugnisse in die Produktion gerichteten wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Zugunsten der sicheren Erfüllung des Planes der industriellen Warenproduktion mit eingespielten Kooperationsbeziehungen verzichten viele Leiter auf die Einführung neuer Erzeugnisse, Verfahren und Technologien. Das damit verbundene Risiko, den Plan der industriellen Warenproduktion für einen bestimmten Zeitraum nicht zu erfüllen, wird nicht eingegangen. Die Folge davon ist die Beibehaltung der Produktion von im In- und Ausland schlecht absetzbaren Erzeugnissen.

1.7. Die große Abhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR von den Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem NSW und der hohe Grad der Verschuldung bei kapitalistischen Banken hatte zur Folge, daß die Aufwertung des US-Dollars und die Hochzinspolitik der USA, der sich die führenden kapitalistischen Länder anschließen mußten, äußerst negative Auswirkungen für die Volkswirtschaft der DDR hatten.

- Die Zahlungsbilanz der DDR, die am 1.1.1981 einen Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten von 24,5 Mrd. VM auf der Grundlage des Dollarkurses 1 : 1,80 VM auswies, verschlechterte sich per 1.1.1982 auf einen Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von 30,5 Mrd. VM, wovon allein 4,85 Mrd. VM auf den veränderten Dollarkurs von 1 : 2,40 VM zurückzuführen sind.
- Neben bedeutenden Importausfällen aus der VR Polen gewährte die DDR unentgeltliche Hilfe in Höhe von 250 Mio. DM; lieferte Versorgungs- und Hilfsgüter in Höhe von 550 Mio. M.

- Die von der DDR zunehmend erweiterten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Industrieländern führten im zunehmenden Maße dazu, daß die Wirtschaftsmechanismen des kapitalistischen Marktes Einfluß auf den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß gewannen, sich Abhängigkeiten herausbildeten, die zu ökonomischen Verlusten für die DDR führten, die sich nicht zuletzt in dem erreichten hohen Grad der Verschuldung der DDR gegenüber dem NSW ausdrücken.
 - Zur Refinanzierung der 1976 bis 1980 realisierten Kompensationsvorhaben und der in dem im November 1981 beschlossenen Fünfjahrplan enthaltenen weiteren Kompensationsvorhaben für 1981 – 1985 sind einschließlich Zinszahlungen bis zum Jahre 1985 rd. 10 Mrd. VM erforderlich. [...]
- Die Linie der Kompensation soll trotzdem weitergeführt werden, wird aber im zunehmenden Maße als Sondergeschäfte im Zusammenhang mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung ausgewiesen.
 - So wurde am 6.1.1982 im Sekretariat des ZK und am 13.1.82 im Präsidium des Ministerrates beschlossen, als Sondergeschäfte für 115 Mio. VM Ausrüstungen aus dem NSW über den Bereich Kommerzielle Koordinierung zur Entwicklung und Produktion von Erzeugnissen der Audio- und Videotechnik zu importieren. Dieser Verfahrensweg wurde gewählt, nachdem durch die Staatliche Plankommission erklärt worden war, daß ein Planimport für die Volkswirtschaft der DDR ökonomisch nicht effektiv und in den Bilanzen nicht einordenbar ist. Ertragskennziffern zur Refinanzierung waren nicht nachgewiesen. Dieses und weitere sechs beabsichtigte Sondergeschäfte, die kurzfristig (Leipziger Frühjahrsmesse 1982) abgeschlossen werden sollen, verschärfen die Lage in der Zahlungsbilanz, da bereits 1982 beginnend Zahlungen in der Regel in Höhe von 15 % des Anlagenwertes in bar (konvertierbare Devisen) erforderlich werden.
- Die zeitweilige Zuführung von verteilbarem Produkt (Akkumulation) für die Volkswirtschaft der DDR aus Kompensation wird 1982 beendet, und ab 1983 tritt durch die Refinanzierungsverpflichtungen ein bedeutender Abzug vom Nationaleinkommen ein.

Der Anteil des Exports von Rohstoffen und Halbfabrikaten in das NSW nimmt zu.

-- Während 1980 noch mehr als 40 % des NSW-Exportes durch Erzeugnisse des Maschinenbaus und industrielle Konsumgüter abgedeckt wurde, verringerte sich dieser Anteil 1981 auf 34 %.

Dem Fünfjahrplan 1981 – 1985 liegt ein jährlicher Rohstoffzuwachs von 0,5 % zugrunde.

Demgegenüber steigt der Export von Rohstoffen und Halbfabrikaten in das NSW weiter an.

Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß der Export der DDR von Erzeugnissen des Maschinenbaus bei kapitalistischen Industrieländern nur 9,4 % und bei der BRD/WB 7,0 % des Gesamtexports in diese Länder beträgt.

Das bedeutet, daß sich die DDR gegenwärtig in der Position eines Rohstofflieferanten für diese Länder befindet, während die chemische Industrie der DDR bei Zwischenprodukten und der Maschinenbau sowie die Elektrotechnik/Elektronik bei Beistellungen hochgradig von Importen aus diesen Ländern abhängig sind.

[2. Vorschläge ...]

2. In den dem Ministerium für Staatssicherheit übermittelten Vorstellungen besteht völlige Übereinstimmung darin, daß es unumgänglich geworden ist, die entstandene Lage und Wege zu ihrer Überwindung auf höchster Ebene unverzüglich mit der UdSSR vorbehaltlos und offen zu beraten, eine gemeinsame qualitativ völlig neue Außenwirtschaftspolitik zu vereinbaren und damit Voraussetzungen für eine stabile innere Entwicklung und die notwendige Handlungsfähigkeit gegenüber dem NSW zu schaffen.

Unter Leitung des Generalsekretärs des ZK der SED sollte ein Kreis ausgewählter Genossen aus zentralen wirtschaftsleitenden Organen eine Aufnahme des Standes der realen Lage der Volkswirtschaft der DDR vornehmen und entsprechende kurzfristige und längerfristige Lösungswege erarbeiten, wobei die Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW durchgängig gewährleistet bleiben muß.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die DDR aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, mit ökonomischen Mitteln eine grundlegende Veränderung der eingetretenen Situation herbeizuführen und die

Probleme der Zahlungsbilanz mit dem NSW dauerhaft zu lösen.

2.1. Der Partei- und Staatsführung der UdSSR sollte im Interesse *kurzfristiger Lösungen* folgender Vorschlag unterbreitet werden:

Die Partei- und Staatsführung der DDR bekräftigt ihre Entschlossenheit, ihre Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW auf maximal 12 Mrd. VM saldierte Verbindlichkeiten zu reduzieren. Der zur Lösung dieser Aufgabe erforderliche Exportüberschuß im NSW wird für Warenlieferungen in die UdSSR eingesetzt. Dafür übernimmt die UdSSR sofort Verbindlichkeiten der DDR bei kapitalistischen Banken in Höhe von ca. 20 Mrd. VM (Dollarbasis 2,40 VM).

Auf der Grundlage real bilanzierter Pläne könnten die dafür erforderlichen Waren aus dem geplanten Exportüberschuß der DDR bis Ende 1987 geliefert werden und hätten einschließlich Zinsen einen Wertumfang von ca. 30 Mrd. VM.

Struktur und Umfang der zu liefernden Waren sollten es der UdSSR ermöglichen, in einem möglichst hohen Maße selbst NSW-Importe abzulösen (ökonomische Überlegungen dazu Anlage 1).

2.2. Um gegenüber der UdSSR die eigenen Anstrengungen zur Überwindung der derzeitigen Lage sichtbar zu machen und ihr Interesse an der gemeinsamen Realisierung des prinzipiellen Vorschlages zu erreichen, sollten der Führung der UdSSR weitere Maßnahmen genannt werden, mit deren Verwirklichung die DDR kurzfristig eine entscheidende Veränderung der Situation herbeiführen will.

Solche Maßnahmen müßten sein:

- Einstellung des Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR auf die eingetretenen Veränderungen in der Lage der Volkswirtschaft;
- Konzentration aller Valutafonds des Staates unter einer Verfügungsgewalt. NSW-Importe werden nur noch zur materiellen Sicherung der Produktion und der Befriedigung des Grundbedarfes der Bevölkerung durchgeführt. Der Import von Erzeugnissen für den Exquisit- und Delikathandel einschließlich hochwertiger industrieller Konsumgüter aus dem NSW ist zu überprüfen, mit dem Ziel unter Nutzung der Potenzen der eigenen Produktion bzw. der Gestattungsproduktion ausreichend zu versorgen;
- Zeitweilige Aussetzung einer Reihe von Investitionsvorhaben und Export der dafür vorgesehenen Ausrüstungen bzw. Verzicht auf dafür vorgesehene Ausrüstungsimporte (mit Ausnahme der Rationalisierungsinvestitionen);
- Einstellung aller Verhandlungen zum Neuabschluß von Kompensationsgeschäften und aller anderen außerplanmäßigen Anlagen- und Ausrüstungsimporte;
- Reduzierung des Berlin-Programms um die aus den Bezirken zugeführten Kapazitäten;
- Reduzierung der Heizölablösung in der DDR auf das Maß, wie durch tiefere Spaltung des Erdöls weniger Heizöl zur Verfügung steht. Die vorgesehenen NSW-Ausrüstungsimporte für die Umstellung in Höhe von ca. 100 Mio. VM werden nicht durchgeführt;
- Der Volkswirtschaft wird Bitumen in dem Umfang zur Verfügung gestellt, wie es die Instandhaltung der Straßen erfordert;
- In gleicher Größe wie 1981 Vergaserkraftstoff-Bereitstellung für die Bevölkerung der DDR mit dem Ziel der Freisetzung von Vergaserkraftstoff zum Einsatz in der Volkswirtschaft;
- Reduzierung der Futtermittelimporte aus dem NSW und Reduzierung der Tierbestände auf das erforderliche Maß;
- Wiederherstellung einer stabilen Staatsreserve;
- Gewährleistung der Versorgung der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, der bewaffneten Kräfte der DDR und des notwendigen Verteidigungsbeitrages der DDR im Rahmen der Warschauer Vertragsstaaten;
- konsequente Durchsetzung des sozialistischen Sparsamkeitsprinzips in allen gesellschaftlichen Bereichen und Ebenen. Einschränkung des materiellen und finanziellen Aufwandes für die gesellschaftliche und staatliche Repräsentation;
- die wirtschaftspolitische Propaganda der Partei muß den realen ökonomischen Gegebenheiten und den Erfahrungen und Erkenntnissen der Arbeiterklasse im täglichen Arbeitsprozeß Rechnung tragen. Sie muß ausgerichtet sein auf die Erhöhung der Leistungsbereitschaft der Werktätigen zur Lösung glaubhafter und realer ökonomischer Aufgaben und auf tatsächlich erreichten Ergebnissen aufbauen; Die Erhöhung der Arbeitsmoral, der Disziplinierung aller gesellschaftlichen Prozesse, besonders der

Arbeitsprozesse, ist die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der oben gestellten Aufgaben. Dazu ist die umfassende Anwendung und Durchsetzung des sozialistischen Arbeitsrechts unumgänglich.

Die vorgeschlagenen kurzfristigen Lösungen sind nicht geeignet, die für die DDR objektiv eintretenden Verluste und Schäden vollständig auszugleichen.

Ökonomische Nachteile müssen vorübergehend in Kauf genommen werden wie der Verlust von Marktpositionen im NSW; Probleme, die mit der Änderung des Produktionsprofils, der Struktur und des Arbeitskräfteeinsatzes zusammenhängen; Verringerung des Tempos des weiteren Aufbaus der Hauptstadt der DDR; Versorgungseinschränkungen in ausgewählten Bereichen; zeitweiliges Ansteigen unvollendeter Investitionen; Einschränkungen bei der materiellen Unterlegung der Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber kapitalistischen Industrieländern infolge der Reduzierung des Imports von Industrieanlagen.

2.3. Die Realisierung der kurzfristigen Lösungsvorschläge soll die notwendigen Voraussetzungen und die Zeit bringen, um auf der Grundlage exakter Untersuchungen durch Expertengruppen die Realisierung der nachfolgenden *langfristigen Lösungsvorschläge* zur Stabilisierung der Volkswirtschaft der DDR vorzubereiten.

Unter der Voraussetzung der Zustimmung obengenannter Lösungen sind die dem entgegenstehenden Beschlüsse zu überprüfen.

- Es ist als Voraussetzung für alle nachfolgenden Maßnahmen eine weitergehende Bestandsaufnahme des volkswirtschaftlichen Zustandes und der realen volkswirtschaftlichen Potenzen und Möglichkeiten durchzuführen. Diese Bestandsaufnahme muß mindestens umfassen:
 - Umfang und Struktur der für die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft real zur Verfügung stehenden Ressourcen. Gegenwärtige Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens;
 - real erreichter Stand der Wirksamkeit der Wissenschaft und Technik;

-- Umfang, Intensität und Effektivität der Außenwirtschaftsbeziehungen; Grad der Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom NSW;

-- volkswirtschaftliche Disproportionen.

- Es ist eine strukturpolitische Konzeption für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR über den Zeitraum von mehreren Fünfjahrplänen zu erarbeiten, die die volle Einhaltung der gegenüber der UdSSR eingegangenen Verpflichtungen und die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration garantiert. (Überlegungen zu einer strukturpolitischen Konzeption: Anlage 2)
- Die Durchsetzung der vollen Verantwortlichkeit und Funktionsfähigkeit des Ministerrates und seiner Organe bei der einheitlichen Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft erfordert, das Leitungs- und ökonomische Kennziffersystem auf die Verwirklichung der strukturpolitischen Konzeption zu richten. (Überlegungen dazu Anlage 3)
- Auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung und Betreuung der Bevölkerung wird empfohlen, durch Stärkung der Leistungskraft der Arzneimittelindustrie, des medizinischen Gerätebaus und des dafür erforderlichen Anteils des Bauwesens die bestehenden Mängel in der materiellen Sicherstellung zu überwinden.

Anlage 1: Ökonomische Überlegungen zur qualitativen Veränderung der außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR [BStU, MfS, HA XVIII Nr. 4693, Bl. 91 f]

Anlage 2: Überlegungen für die Erarbeitung einer strukturpolitischen Konzeption [ebd., Bl. 93–95]

Anlage 3: Überlegungen zur weiteren Qualifizierung der Tätigkeit des Ministerrates und seiner Organe [ebd., Bl. 96–98]

Quelle: BStU, MfS, HA XVIII Nr. 4693, Bl. 63–90
(Hervorhebungen im Original).